BdSt Nord-Kurier

Oktober 2022 | Nachrichten des Bundes der Steuerzahler im Norden

In der Diskussion mit den Gästen (von links): Dr. Aloys Altmann, Präsident BdSt Schleswig-Holstein; Dr. Hans-Peter Bartels, Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik; Eike Möller, Vizepräsident BdSt Deutschland sowie Julia Carstens, Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium Schleswig-Holstein.

Keine Vollausstattung

Hans-Peter Bartels über 100-Milliarden-Euro-Paket

„Die Bundeswehr hat von allem zu wenig. Doch ohne eine Strukturreform wird die Vollausstattung scheitern“, sagte Hans-Peter Bartels, ehemaliger Wehrbeauftragte des Bundestages, im öffentlichen Teil der Delegiertenversammlung des Bundes der Steuerzahler in Kiel.

Auf der gut besuchten Diskussionsveranstaltung ging es um das Sondervermögen für die Bundeswehr. Eike Möller, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler Deutschland, machte den Etikettenschwindel deutlich: „In Wirklichkeit handelt es sich um eine Kreditaufnahme an der Schuldenbremse vorbei“. Der Bund der Steuerzahler zweifele nicht an der Notwendigkeit, die Bundeswehr besser auszustatten. Dieses müsse aber durch Umschichtungen im Bundeshaushalt erfolgen. Schleswig-Holsteins neue Wirtschaft-Staatssekretärin Julia Carstens (CDU) berichtete über den Wehrtechnik-Gipfel der Landesregierung, mit dem die Position Schleswig-Holsteins als führender Technologiestandort in diesem Bereich gestärkt werden soll. Wichtig sei, die Beschaffungsprozesse zu beschleunigen. Auch die Wehrtechnik sei nachhaltig.

Bartels erläuterte, der derzeitige Zustand der Bundeswehr sei politisch so beabsichtigt worden. Bis zur Besetzung der Krim durch Russland sei die Bundeswehr Jahr für Jahr bewusst verkleinert worden. Bei der Konzentration auf Auslandseinsätze seien die Verantwortlichen davon ausgegangen, dass eine materielle Ausstattung von 70 Prozent der Truppenstärke ausreiche. Erst 2014 habe die Bundesregierung die „Trendwende Finanzen“ beschlossen, mit dem Ziel Vollausstattung. Der Bundeswehretat sei von rund 33 auf 50 Milliarden Euro geklettert. Das neue Rüstungspaket solle nun die Vollausstattung bringen. Doch diese Rechnung erfordere einen jährlichen Anstieg der Grundfinanzierung mindestens um die Inflationsrate. „Sonst lassen sich die Ziele nicht erreichen“, sagte Bartels. Vom Versprechen, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die NATO aufzuwenden, sei man noch weit entfernt. „Unsere Partner erwarten von uns, dass wir künftig auch in unserer Gewichtsklasse boxen“, erklärte Bartels, der auch Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik ist.

Rainer Kersten
rainer.kersten@steuerzahler.de

Sie lesen in diesem Nord-Kurier

© BilderBox.com

Schwerin gegen längere Frist

Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern bleibt hart: Bis Ende Oktober, so schallt es, müssen alle Hausbesitzer ihr Formular zur Reform der Grundsteuer eingereicht haben. Starrsinnig nennt das die FDP, nachdem sogar Bundesfinanzminister Christian Lindner hat durchblicken lassen, dass er sich eine Verlängerung der Frist vorstellen kann. Ärgerlich aus der Sicht der Hausbesitzer: Abgefragt werden auch Daten, die den zuständigen Ämtern eigentlich vorliegen. Es zeigt sich einmal mehr, dass die Digitalisierung bei der staatlichen Verwaltung hinter der allgemeinen Entwicklung herhinkt. Dies geht – wieder einmal – zu Lasten der Bürger.

Bericht auf **Seite 6**

© BilderBox.com

Abgehoben

Das Land Schleswig-Holstein fördert die Einrichtung von sogenannten Coworking-Spaces im ländlichen Raum, darunter auch ein Schiff auf Fehmarn. Der Clou: In einem Netz hängend kann man sich während der Arbeit von einem Kran über das Wasser heben lassen.
Das mobile Arbeiten liegt im Trend. Wer sich zu Hause nicht konzentrieren kann, wem die Internetverbindung fehlt oder wer ungern allein ist, kann ein Coworking-Space buchen. Die Landesregierung von Schleswig-Holstein unterstützt diese Entwicklung im oft benachteiligten ländlichen Raum mit 300.000 Euro, darunter auch das Konzept eines Schiffes. Das soll künftig auf Fehmarn im Hafen liegen.

Der Zuschuss: 50.000 Euro bei Gesamtkosten von 135.000 Euro. Maximal fünf Personen sollen individuell arbeiten können, ein weiterer Raum für bis zu zwölf Personen steht bereit. Highlight ist eine Krananlage, mit der man sich während der Arbeit über das Wasser heben lassen kann, angeblich inspirierend und kreativitätsfördernd wie die Bereitstellung von Wassersportgeräten.
Moderne Arbeitsformen sind eine Chance für die ländliche Entwicklung, aber Handwerker, Pflegekräfte und Erzieher können ihre Arbeiten nicht aus der Nestschaukel eines Sportbootes erledigen. Deshalb muss ein strenger Maßstab an die Gewährung von Fördermitteln gelegt werden.

Rainer Kersten, *rainer.kersten@steuerzahler.de*

Schokoladenseite hinter Bauzäunen

Sanierung der Kiellinie in der Landeshauptstadt zieht sich über viele Jahre hin

Ausgerechnet die Schokoladenseite Kiels versteckt sich seit Jahren hinter Bauzäunen. Ein Ende ist nicht absehbar. Wir haben bei der Verwaltung der Landeshauptstadt nachgefragt und fassen zusammen: Gefragt ist Geduld.

Schleswig-Holsteins größte Stadt gilt bei Besuchern und Einheimischen nicht gerade als hübsch. Im Krieg fast vollständig zerstört, gibt es kaum schöne Ecken. Eine Ausnahme stellt die Kiellinie dar, die Promenade an der Förde, die sich von der Seeburg am Schlossgarten bis zum Marinestützpunkt über rund 3,5 Kilometer hinzieht. Von hier lässt sich wunderschön das Treiben auf dem Wasser beobachten, die Nachmittags- und Abendsonne animiert Spaziergänger, Läufer und Radfahrer zu ihren Aktivitäten. Doch ausgerechnet diese „Schokoladenseite“ Kiels ist in Teilbereichen seit mittlerweile sieben Jahren hinter Bauzäunen versteckt. Doch das ist erst der Anfang, wie die Stadt einräumte.

Im Sommer 2015 wurden bei einer Routinekontrolle Schäden an den Spundwänden unterhalb der Promenade festgestellt. Aus Sicherheitsgründen sind Teilbereiche abgesperrt, um ein Absacken zu verhindern. Die Stadt rechnet damit, dass im gesamten Verlauf der Kiellinie eine Erneuerung des Uferbereiches notwendig ist.

Da die Gesamtkosten im hohen zweistelligen Millionenbetrag liegen, hat man sich in der Bauverwaltung um Fördermittel bemüht. 2018 wurde die Gesamtmaßnahme dann in das Städtebauförderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ aufgenommen. Damit winkt eine Drittelfinanzierung aus Bundes-, Landes- und Stadtmitteln. Voraussetzung sind dafür jedoch vorbereitende Untersuchungen und ein integriertes städtebauliches Gesamtkonzept, die in einem freiräumlichen und städtebaulichen Realisierungswettbewerb umgesetzt werden sollen. Der Wettbewerbssieger soll Anfang Dezember 2022 ermittelt werden. Anschließend sollen mehrere räumliche Teilbereiche nacheinander entwickelt werden.

Wegen der Dringlichkeit durfte mit der Ufererneuerung im Bereich des Berthold-Beitz-Ufers bereits begonnen werden. Alleine hierfür sind rund 15 Millionen Euro vorgesehen. Seit Dezember 2021 wird gebaut, ein Ende ist aktuell für den Herbst 2023 vorgesehen. Besondere Herausforderungen sind hier die Kampfmittelräumung sowie Betonreste und Findlinge, die man im aufgespülten Bereich gefunden hat.

Auch juristische Probleme mussten aus dem Weg geräumt werden: So stellte man fest, dass Teile der heutigen Uferlinie gar nicht zum Stadtgebiet gehörten, sondern Teil der Bundeswasserstraße waren. Die Fördermittel konnten jedoch erst bewilligt werden, nachdem die Stadt auch formal Eigentümerin des Bereiches wurde.

Für die weiteren Bauabschnitte gibt es bislang weder eine konkrete Kostenschätzung noch Zeitplanungen. Besucher und Einheimische müssen sich also darauf einrichten, dass Kiels Schokoladenseite noch über Jahre bis Jahrzehnte eine Baustelle bleibt.

Rainer Kersten
rainer.kersten@steuerzahler.de

Deutschland muss krisenfest werden

Dr. Aloys Altmann als Präsident im Amt bestätigt – Ausgaben müssen auf Prüfstand

„Deutschland muss krisenfest werden", lautet der Titel der Resolution, die die diesjährige Delegiertenversammlung des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V. in Kiel einstimmig beschlossen hat. Darin wird festgestellt, dass unsere Gesellschaft auf die aktuellen Krisenentwicklungen nicht ausreichend vorbereitet ist.

Es fehlt an der notwendigen Widerstands- und Anpassungsfähigkeit. Die Forderungen zur Erhöhung der Krisenfestigkeit von Deutschland finden Sie auf dieser Seite.

Bei den turnusmäßigen Wahlen wurde Dr. Aloys Altmann aus Strande, Landesrechnungshofpräsident und Staatssekretär a.D., für eine weitere Amtszeit von drei Jahren einstimmig in seinem Amt bestätigt. Ebenso einstimmig wiedergewählt wurden die Vorstandsmitglieder Dr. Dieter Kopplin aus Schönberg und Dr. Olaf Bastian aus Schönkirchen.

Für den auf eigenen Wunsch ausscheidenden Dr. Hartmut Borchert (Bild) wählten die Delegierten einstimmig Frau Karin Reese-Cloosters aus Dänischenhagen als neue Vizepräsidentin. Dr. Hartmut Borchert,

der insgesamt 18 Jahre dem Vorstand angehörte, davon neun Jahre als Präsident, wurde zum Ehrenmitglied des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein ernannt.

Auch im Verwaltungsrat gab es einstimmige Wiederwahlen: Der Vorsitzende Detlef Behrens aus Rantzaufelde und die Verwaltungsratsmitglieder Dietlind Goldbeck aus Neustadt in Holstein, Monika Horstmann aus Lauenburg sowie Klaus Lukait aus Klausdorf/Schwentinental wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Einstimmig beschlossen wurde eine Erweiterung der Vereinssatzung, die nunmehr erlaubt, Gremiensitzungen ausnahmsweise auch mit elektronischer Kommunikation durchzuführen. Verbraucherschutz ist jetzt Teil der Satzung.

Im öffentlichen Teil diskutierten die Vertreter des Bundes der Steuerzahler mit zahlreichen geladenen Gästen über das 100-Milliarden-Euro-Paket für die Bundeswehr. Dabei wurden sowohl die Wirkungen auf die Wehrfähigkeit der Truppe als auch die Chancen für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein betrachtet. Bei dem sogenannten „Sondervermögen" handelt es sich tatsächlich um eine Kreditaufnahme außerhalb der Schuldenbremse. Dass eine dauerhafte Anhebung des Wehretats notwendig ist, wurde von allen Diskussionsteilnehmern unterstützt.

Rainer Kersten
rainer.kersten@steuerzahler.de

Unsere Resolution

Nach einer langen Zeit äußeren Friedens und stetig steigenden Wohlstands in Deutschland bedrohen gleich mehrere Krisen den Status quo: Die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine mit ihren weltpolitischen Folgen, die daraus entstehende Energiekrise, die spürbare Inflationsentwicklung mit steigenden Zinsen, der Klimawandel, Hungersnöte und Fluchtbewegungen in vielen Teilen der Welt wirken sich auch auf die staatliche Leistungsfähigkeit, die wirtschaftlichen Grundlagen der Bürger und der Unternehmen in Deutschland aus. Derzeit ist unsere Gesellschaft auf diese Krisenentwicklungen nicht ausreichend vorbereitet. Es fehlt uns an der notwendigen Widerstands- und Anpassungsfähigkeit. Zur Erhöhung der Krisenfestigkeit von Deutschland fordern wir:

- Auch der Staat muss sich in allen Ebenen auf seine Kernaufgaben zur Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit, der Sicherstellung des Rechtsstaates, der Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur, der Sicherstellung der Grundversorgung sowie der Förderung von Bildung und Forschung konzentrieren. Unter diesen Prioritäten müssen alle Aufgaben und Ausgaben auf den Prüfstand gestellt werden.

- Der bürokratische Aufwand in allen Bereichen muss deutlich abgebaut werden, um die wesentlichen Staatsziele effizient erreichen zu können. Dazu müssen die Chancen der Digitalisierung im Interesse der Bürger und Unternehmen konsequent genutzt werden.

- Die steuerliche Belastung für Bürger und Unternehmen darf durch die steigenden Preise nicht erhöht werden, damit der Staat nicht zum finanziellen Profiteur der Inflation wird. Dazu muss die kalte Progression vollständig ausgeglichen werden.

- Steigende öffentliche Schulden nehmen über Zins- und Tilgungslasten künftigen Generationen die Handlungsspielräume für die eigene Krisenbewältigung. Darum darf die Schuldenbremse als Nachhaltigkeitsgarantie nicht angetastet werden.

- Bürger und Unternehmen müssen aber auch ihre Ansprüche an den Staat zurückschrauben. Für „Kostenlos"-Angebote und „Vollkaskomentalität" gibt es in Krisenzeiten keinen Raum. Alle müssen im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihr Verhalten anpassen, um die Krisenbewältigung zu unterstützen. Die Politik muss diese Mitwirkung einfordern und überzogenen Ansprüchen klare Absagen erteilen.

Besonders im Fokus der Medien: Petra Ackmann und Reiner Holznagel gaben vor dem Volksparkstadion die gewünschten Interviews. *Foto: © Mummenhoff / BdSt Hamburg*

Die Vorstandsmitglieder Petra Ackmann (links) und Dieta Brandt begrüßten BdSt-Präsident Reiner Holznagel in Hamburg. *Foto: © Mummenhoff / BdSt Hamburg*

Die etwas andere Stadtrundfahrt!

Schwarzbuch-Bus unterwegs: „Signifikante“ Verschwendungsfälle als Ziel

Wohl jeder Steuerzahler regt sich auf, wenn er liest, wie teuer einige Projekte im Laufe der Bauphase werden. Zum Jubiläum des Schwarzbuches machte der Bund der Steuerzahler deshalb eine Bustour und es gab reichlich „Stationen“, wo die Teilnehmer sich gehörig geärgert haben über Beispiele dafür, wie das Geld der Steuerzahler in der Metropole verschwendet wird.

Der Bund der Steuerzahler gibt im jährlich erscheinenden „Schwarzbuch“ einen Überblick über die größten „Steuergeldverschwendungen“. Allein die Elbphilharmonie kostete zehn Mal mehr als geplant. In diesem Jahr erscheint die 50. Ausgabe. Zu diesem Anlass hat der BdSt Hamburg jetzt eine Bustour veranstaltet: Interessenten wurden zu den „signifikantesten Hamburger Verschwendungsfällen“ der vergangenen Jahre gefahren. Das Interesse war so groß, dass der Bus gleich zweimal starten musste. Mit an Bord waren außer jeweils 60 Gästen zahlreiche Medienvertreter – darunter NDR, RTL, Hamburg 1, das Abendblatt und die Morgenpost.

Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler, nahm ebenfalls an der Tour teil. Zusammen mit Hamburgs Vorsitzender Petra Ackmann moderierte er die jeweils etwa vierstündigen Touren. Gemeinsam stellten sie nicht nur die Hamburger Verschwendungsfälle vor, sondern informierten über die Arbeit des BdSt auf Bundesebene.

Stationen in Hamburg waren unter anderem die Maurienbrücke in Barmbek – Millionen für eine Brücke, die niemand benötige, das Volksparkstadion, für dessen Sanierung jetzt die Stadt und damit die Steuerzahler bürgen sollen oder das stillgelegte Kohlekraftwerk Moorburg – das modernste in Deutschland, gebaut, um gleich wieder still gelegt zu werden.

Das Nachhaltigkeitszentrum „ViVo“ in Ottensen (im Schwarzbuch 2003) entpuppte sich als ein Fall von Steuergeldverschwendung der besonderen Art. 40 Millionen Euro teurer als geplant, schlechter Standort, falsches Management und viel zu wenig Sinn für die Realitäten des Wettbewerbs auf dem Markt für ökologische Produkte – das Zentrum fuhr ein jährliches Defizit von 2,5 Millionen Euro ein. Statt Läden, die sich Nachhaltigkeit auf die Fahnen geschrieben haben, zogen unter anderem ein Fitness-Center, Behörden-Zweigstellen und eine Bar in das Einkaufszentrum. Zwar steht der Zeitpunkt noch nicht genau fest, aber Fakt ist: Die Mieter müssen nun raus. Spätestens zum Dezember 2024 soll ihnen gekündigt werden. Das Öko-Zentrum soll zur Stadtteilschule werden. Und natürlich fehlte das Fahrradparkhaus Kellinghusenstraße in Eppendorf nicht. Drei Millionen Euro hat der Bau gekostet. Doch weil das Parkhaus nicht genutzt wird, hat das Projekt inzwischen bundesweit traurige Berühmtheit erlangt. Kein Wunder, denn die Konstruktionsfehler sind gewaltig (viel zu schmale Rampe am Eingang, zu hohe Stufen und die schlechte Anbindung). Start und Ziel der Tour war das ebenfalls sehr teuer gewordene CCH. Der Gebäudekomplex wurde zwischen 2016 und 2022 aufwendig saniert. Aus den ursprünglich kalkulierten Kosten von 194 Millionen Euro wurden dann 297 Millionen Euro.

Übrigens: Der erster Schwarzbuch-Fall (1973) war die so genannte Hamburger Schwimmoper (Alsterschwimmhalle). Wie sollte es auch anders sein – es ging um Mehrkosten durch falsche Planung: Statt 24 Millionen Mark wurden es 32 Millionen Mark. Bauleiter und Architekten zerstritten sich. Toiletten und Duschen mussten abgerissen und neugebaut werden. Am Sprungturm wurde das 3-Meter-Brett vergessen. Aktuell wird das Schwimmbad übrigens saniert: Die Kosten sollen bei 80 Millionen Euro liegen (Fertigstellung Ende 2023). Man darf gespannt sein, ob es bei den beiden Einschätzungen bleibt.

Von 1973 bis 2022 steuerte der BdSt Hamburg 176 Schwarzbuch-Beiträge bei. In der Ausgabe 2021/22 war Hamburg mit acht Fällen vertreten (grundsätzlich veröffentlicht das Schwarzbuch 100 Fälle). Zusätzlich wurde ein weiterer Fall online veröffentlicht. Wer nachlesen möchte, kann dies unter https://www.schwarzbuch.de/aufgedeckt/steuergeldverschwendung-alle-faelle/hamburg tun.

Sascha Mummenhoff
Mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de

Trotz guter Finanzlage Kritik am Senat

Metropole Hamburg ist bislang relativ gut durch die schwierige Coronalage gekommen

Jährlich steigende Personalkosten, unplausible Mietkosten für Schulen und unzulässige Kreditfinanzierung aus Corona-Notfallkrediten: Auch wenn das Urteil über die aktuelle Finanzlage Hamburgs insgesamt „relativ gut" ausfällt, bemängelte der Rechnungshof bei der Präsentation seiner Ergebnisse zur Prüfung der aktuellen Haushaltslage Punkte, die für die anstehenden Haushaltsberatungen in der Bürgerschaft von hoher Bedeutung sein dürften.

Fünf Kernpunkte stellt der Rechnungshof in seinem Bericht dar:

1. Hamburg ist finanziell vergleichsweise gut durch die Corona-Pandemie gekommen. Auch während der Pandemie sind die Steuererträge nicht unter den langjährigen Trend gefallen. Von den 3,8 Milliarden Euro für die Jahre 2020 bis 2022 zur Verfügung gestellten Corona-Mitteln sind bisher nur rund die Hälfte gebraucht worden.

2. Die Aussichten sind unsicher, Corona-Erfahrungen jetzt nutzen. Die Unsicherheit hinsichtlich der Entwicklung in den kommenden Monaten ist groß. Daher ist jetzt die Zeit, aus den Erfahrungen der Pandemiebewältigung zu lernen. Auch wenn Hamburg viel richtig gemacht hat, gab es doch vermeidbare Fehler. Bei den Soforthilfen gab es beispielsweise eine langanhaltende Unklarheit hinsichtlich der Anrechenbarkeit von Umsatzsteuer. Auch stellte sich in der Pandemie heraus, dass bisher keine regulären Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt wurden, um kritische Infrastruktur wie die Notfall-Tankstelle der Polizei und der Feuerwehr in Schuss zu halten.

3. Der Haushaltsplan-Entwurf löst eine Reihe aufgestauter Probleme. In den vergangenen Jahren hatte der Senat es zugelassen, dass in den Behördenetats weniger Geld für bestimmte Aufgaben veranschlagt war als erfahrungsgemäß gebraucht wird. Die erforderlichen Mittel wurden stattdessen später aus allgemeinen Reservetöpfen nachgesteuert. Dies betraf insbesondere die Personalkosten der Schulen und der Bezirksämter sowie die Mietkosten für Schulgebäude. Der neue Haushaltsplan-Entwurf stellt diese Mängel überwiegend ab. Dabei haben auch Einmal-Effekte geholfen, wie die Hapag-Lloyd-Dividende und die hohen Verkaufserlöse des Schiffsportfolios der ehemaligen HSH. Allerdings: Die Mieten für die Schulen scheinen dem Rechnungshof trotz einer geringen Steigerung immer noch unplausibel niedrig.

4. Eine umsetzungsreife Personalstrategie fehlt weiterhin. Der Senat hat mehrfach ein Konzept zur mittelfristigen Personalkostensteuerung angekündigt. Es sind bisher allenfalls grobe Umrisse erkennbar. Wie der Senat sein Ziel erreichen will, die Kosten nur im Einklang mit dem Bevölkerungszuwachs ansteigen zu lassen, bleibt auch angesichts der dem Schulfrieden innewohnenden Kostendynamik weiterhin offen. Aus vermeintlich einmaligen „Wachstumsstufen" der vergangenen Jahre wird zunehmend eine kontinuierlich ansteigende „Kostentreppe" der Personalausgaben.

5. Keine unzulässigen Kreditfinanzierungen von Corona-Hilfsmaßnahmen zulassen. Die vom Rechnungshof in seinem Sonderbericht im Dezember 2021 dargelegten Verstöße gegen die haushaltsrechtlichen Bestimmungen für Notfallkredite haben beim Senat bisher oft nur zu ausweichenden Antworten geführt. Der Rechnungshof hat insbesondere kritisiert, dass die Schulbehörde über 30 Millionen Euro aus Corona-Mitteln erhalten soll, um ihr im laufenden Doppelhaushalt unterveranschlagtes Mietbudget aufzustocken. Mittel aus Notfallkrediten sind für den Notfall da und nicht, um Behörden bei ihren Haushaltsproblemen zu helfen.

„Hamburgs Haushaltslage ist derzeit stabil, die Verwaltung hat die Corona-Pandemie mit großen Hilfspaketen insgesamt erfolgreich bewältigt", sagt Rechnungshof-Präsident Dr. Stefan Schulz. „Die kommenden Monate werden jedoch nicht einfacher. Umso wichtiger ist es, dass der Senat seine offene Punkteliste jetzt abarbeitet." Es fehle weiterhin eine klare Personalstrategie und die Umsetzbarkeit der sehr ambitionierten Bauinvestitionsplanung drohe zu einer kaum lösbaren Herausforderung zu werden. „Aus den Corona-Hilfsmaßnahmen muss jetzt für künftige Krisen gelernt werden. Mit Blick auf mögliche künftige Krisen muss der Senat ohne Wenn und Aber die Regeln der Schuldenbremse für Notfallkredite beachten."

„Wir sehen uns in unserer Kritik in vielen Punkten bestätigt", sagt BdSt-Vorsitzende Petra Ackmann. „Wie wir bereits im Juni zum Auftakt der Haushaltsberatungen gefordert haben, muss der Senat endlich eine Personalstrategie vorlegen. Im Zeitalter von Digitalisierung sollte es möglich sein, zumindest mit dem aktuellen Personalschlüssel auszukommen." Stattdessen mahne der Rechnungshof sogar eine „ansteigende Kostentreppe" an. Ausdrücklich ausgenommen seien für den BdSt Stellen im Bereich Schule, Polizei und Feuerwehr.

„Wir sind – um es deutlich zu sagen - schockiert über die Feststellung des Rechnungshofs, dass der Senat es mit den Notfallkrediten ‚nicht so genau nimmt'. Corona-Notfall-Kredite sind nicht dafür gedacht, um Budgets auszugleichen. Unter dem Strich versucht der Senat hier lediglich, die Schuldenbremse mit Taschenspielertricks aufzuweichen." Es grenze an Ignoranz, dass vom Rechnungshof aufgezeigte Verstöße vom Senat ignoriert werden. Positiv sei laut Ackmann, dass von den 3,8 Milliarden Euro Corona-Mitteln bisher nur etwa die Hälfte abgerufen wurde. „Das zeigt, dass die Hamburger durchaus in der Lage sind, eine Krise auch ohne staatliche Förderung zu meistern."

Darüber hinaus müsse Förderung zielgerichtet und nicht nach dem Gießkannen-Prinzip erfolgen. „Statt weiterhin Corona-Geld für zweifelhafte Projekte zu vergeuden, sollte der Senat dem Rat des Rechnungshofes folgen und in die kritische Infrastruktur investieren." Warum der Senat beispielsweise 8 Millionen Euro für die Kultur- und Tourismusbranche lockermachte, bleibe sehr fragwürdig. „Grundsätzlich erwarten wir vom rot-grünen Senat für den Haushaltsplan 2023/24 den klaren Willen zu sparen. Jedes Senatsmitglied sollte ein ‚Sparsenator' sein."

Sascha Mummenhoff
Mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de

© BilderBox.com

Ein Blick auf den Stromzähler zeigt jedem Bürger, ob er sparsam umgeht mit der knapper gewordenen Energie. Zur Förderung von Balkonkraftwerken gilt: Gut gemeint ist nicht gut gemacht. Der Energie-Gipfel in Mecklenburg-Vorpommern hat auch andere, bessere Angebote gemacht, wie es künftig gelingen kann, sparsam zu sein.

Balkonkraftwerke lösen Problem nicht

Energiegipfel will erneuerbare Energien

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns hat sich mit Vertretern der regionalen Energieversorger, von Unternehmen, Kommunen und verschiedenen Interessenvertretungen zum „Energiegipfel MV“ getroffen. Ein Ergebnis sind die sogenannten Balkonkraftwerke, sie sind aus der Sicht von Fachleuten ohne den erwünschten deutlichen Spareffekt und binden viel Geld.

Im Kern sollte es beim Energiegipfel darum gehen, was Mecklenburg-Vorpommern in der Situation der steigenden Energiepreise beitragen kann, um Privathaushalte sowie Unternehmen zu schützen und zu entlasten. Im Ergebnis soll der Ausbau der Erneuerbaren Energien weiter vorangetrieben werden. Lubmin und der Hafen Rostock gelten als wichtige Drehkreuze für den Import von Energieträgern.

Außerdem will die Landesregierung mit eigenem Sparwillen Vorbild sein und die Büros der Landesverwaltung weniger heizen. Für Härtefälle wird ein 30 Millionen Euro starker Fonds aufgelegt, über dessen Ausgestaltung und Zielgruppen bisher noch nichts Weiteres bekannt ist. Mit einem weiteren Paket in Höhe von 10 Millionen Euro will das Land sogenannte Balkonkraftwerke fördern. Diese Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von bis zu 600 Watt bei richtiger Ausrichtung und guten Wetterbedingungen können mit bis zu 500 Euro nach dem „Windhund-Prinzip“ (Wer zuerst kommt, malt zuerst!) gefördert werden. Zu dieser Förderung gab es kritische Stimmen hinsichtlich des Nutzens des geplanten Maßnahmepaketes für den Ausbau der regenerativen Energien, aber auch in Bezug auf die angebliche Entlastungswirkung für Privathaushalte. Wer sich ein Balkonkraftwerk anschaffen möchte, muss dazu – je nach Modell – mindestens 1.000 Euro und meistens mehr investieren. Bis sich eine solche Anlage in der Anschaffung amortisiert, dauert es also mehrere Jahre.

Doch die Energiepreiskrise fordert die Menschen jetzt heraus. Der Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V. hat sich deshalb den Kritikern an der geplanten Landesförderung angeschlossen. „Grundsätzlich ist gegen eine Förderung privater Photovoltaik nichts einzuwenden. Doch das zehn Millionen Euro schwere Förderprogramm ist ein klassischer Fall von gut gemeint, aber nicht gut gemacht“, erklärt dazu die stellvertretende Vorsitzende des BdSt MV, Diana Behr, gegenüber den Medien. „Durch die hohe Anfangsinvestition entsteht für die privaten Haushalte kein kurzfristiger Spareffekt angesichts der hohen Energiepreise. Zusätzlich werden durch den bürokratischen Aufwand personelle Ressourcen gebunden, die anderswo dringend gebraucht werden.“ Der BdSt MV fordert das Land dringend zu einem sorgsamen Umgang mit Steuergeld auf: „Wir brauchen jetzt nachhaltig wirksame Strategien, um den rasant steigenden Energiepreisen zu begegnen und dadurch langfristig die privaten Haushalte und die Unternehmen zu entlasten. Insbesondere im Hinblick auf die sehr angespannte Haushaltslage darf es keine Förderungen nach dem Gießkannenprinzip mehr geben.“

Michaela Skott
presse@steuerzahler-mv.de

Schwerin hält an Frist fest

Grundsteuer: Sogar der Bund will warten

Erst sechs Prozent der Steuerpflichtigen in Mecklenburg-Vorpommern hatten bis Ende August die neue Grundsteuererklärung eingereicht. Gleichzeitig unternahm die Landesregierung weiterhin keine Anstrengungen, sich auf Bundesebene für eine Fristverlängerung stark zu machen.

Gleichwohl hat sogar Bundesfinanzminister Christian Lindner bereits seine Bereitschaft für eine Verlängerung der Frist signalisiert. Auch der BdSt fordert eine Verlängerung. Dazu äußerte sich auch der haushalts- und finanzpolitische Sprecher sowie Fraktionsvorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, René Domke: „Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache und offenbaren das Dilemma. Die Abgabefrist geht dem Ende zu, dann müssen alle Grundsteuererklärungen vorliegen, aber noch fehlen über eine Million. Glaubt Finanzminister Geue allen Ernstes, dass alles rechtzeitig ankommt? Diese gesetzte Abgabefrist zum 31. Oktober wird nie und nimmer eingehalten werden können. Deshalb kann ich nur mit Unverständnis reagieren, dass sich die rot-rote Landesregierung beharrlich weigert, einer Verlängerung der Abgabepflicht zuzustimmen. Bürgerfreundlich ist dieses Verhalten definitiv nicht, eher starrsinnig.“ Die FDP fordert, den Bürgerinnen und Bürgern mehr Zeit für eine Abgabe einzuräumen, indem Abgaben nach dem 1. November nicht sanktioniert werden.

Im Juli veröffentlichte das Finanzministerium eigens erstellte Ausfüllhilfen für die Formulare zur Grundsteuererklärung auf dem „Steuerportal MV“. Weshalb zahlreiche Einzeldaten durch die Steuerzahler selbst ermittelt und eingetragen werden müssen, obwohl dem Land ein Großteil der Daten bereits zur Verfügung steht, bleibt außerdem unklar.

Michaela Skott
presse@steuerzahler-mv.de

Defizit des Landes wächst rasant

Landesrechnungshof warnt Mecklenburg-Vorpommern angesichts der Zahlen

Der Landesrechnungshof hat den Landesfinanzbericht 2022 vorgelegt – mit einem beunruhigenden Ergebnis. Mecklenburg-Vorpommern ist hoch verschuldet. Das Haushaltsdefizit beträgt 3 Milliarden Euro. „... ein bislang noch nicht dagewesenes Ergebnis", schreibt die Präsidentin des Landesrechnungshofes, Dr. Martina Johannsen.

In ihrem Vorwort macht sie auch deutlich: Damit hat sich Mecklenburg-Vorpommern im bundesweiten Vergleich an die Spitze gearbeitet, was den Anstieg der Pro-Kopf-Verschuldung angeht. „Schuld" daran ist im Wesentlichen der 2,85 Milliarden Euro schwere MV-Schutzfonds, den das Land 2020 in die Bücher genommen hat. Ein Nebenhaushalt, aus dem die Landesregierung entgegen den Vorgaben auch zahlreiche reguläre Vorhaben finanziert, wie der ebenfalls jüngst vorgelegte Sonderbericht zum MV-Schutzfonds nun endgültig zu Tage brachte. Letztlich ist dies ein Beweis dafür, dass der Landeshaushalt insgesamt deutlich weniger solide aufgestellt wurde und ist, als es die SPD-geführte Landesregierung gerne zugeben will. Was das zur Folge hat, davor warnt Dr. Martina Johannsen ebenfalls: „Schon heute ist sicher, dass dies die Gestaltungsmöglichkeiten der Politik und die der nachfolgenden Generationen ganz erheblich einschränken wird." Dieser Rekordkredit muss ab 2025 innerhalb von 20 Jahren getilgt werden. So sieht es das Gesetz vor und fordert es auch die Schuldenbremse. Wie das angesichts der aktuellen Ereignisse möglich sein wird?

Diese Frage stellt sich auch die Rechnungshofpräsidentin und spricht eine Warnung aus: „Besorgniserregend sind auch die aktuellen Meldungen zu stetig steigenden Preisen und Lieferengpässen in der gesamten Wirtschaft. Dies wird erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes haben. Ein Abschwung, der die öffentlichen Haushalte mit einbrechenden Einnahmen weiter zu belasten droht, ist nicht auszuschließen. Hier muss das Land umgehend Vorkehrungen treffen.

Der Weg führt in eine Sackgasse, aber richtig schlimm wird es, wenn die Politik den richtigen Zeitpunkt verpasst, umzukehren und die Schulden abzubauen.

Die Haushalte der kommenden Jahre – für die ohnehin schon hohe ungedeckte Handlungsbedarfe bestehen – sind ohne Kredite auszugleichen. Haushaltskonsolidierung darf nicht nur eine Worthülse bleiben. Eine restriktive und zielgerichtete Ausgabenpolitik ist zwingend erforderlich." Diese Forderung wird auch der BdSt MV nicht müde zu erheben. „Der Bericht des Landesrechnungshofes zum Landeshaushalt liest sich wie ein landeseigenes Schwarzbuch", stellte die stellvertretende Landesvorsitzende des BdSt MV, Diana Behr, fest. Sie kritisiert ausdrücklich auch die Kreditaufnahme auf Vorrat im Rahmen des MV-Schutzfonds und die Inanspruchnahme des Sondervermögens für reguläre Haushaltsbedarfe: „Der BdSt MV fordert das Land auf, die noch nicht in Anspruch genommenen Kredite aus dem MV-Schutzfonds fallen zu lassen. Das Land muss seinen Haushalt jetzt zukunftsfest machen und darf die eigenen Unzulänglichkeiten der bisherigen Politik nicht den nachfolgenden Generationen aufbürden!"

Michaela Skott
presse@steuerzahler-mv.de

Sagen Sie „Ja"

Der digitale Steuerzahler ist da – Mitgliederinformation

In den kommenden Wochen erhalten unsere Mitglieder einen Anruf unseres Mitgliederservices. Wir möchten Sie über eine Umstellung beim „Steuerzahler" informieren. Unser Wirtschaftsmagazin für Mitglieder, inklusive der Landesbeilage „Nord-Kurier", gibt es ab sofort auch digital und per App! Wir sind bestrebt, sparsam mit Ihren Mitgliedsbeiträgen umzugehen. Da insbesondere die Herstellungskosten für Printprodukte zurzeit extrem steigen, nutzen wir die Gelegenheit und stellen Ihnen unsere Mitgliederzeitung künftig digital zur Verfügung. Für Sie hat das Vorteile! Im digitalen „Steuerzahler" (plus „Nord-Kurier") erhalten Sie jeweils mit wenigen Klicks auch weiterführende Informationen zu den einzelnen Themen.
Überzeugen Sie sich von den neuen Funktionen und profitieren Sie von unseren Steuertipps und Serviceinformationen. Der Weg ist ganz einfach: Sagen Sie „Ja!", wenn Sie einen Anruf von unseren Mitarbeiterinnen erhalten. Sie können den Kolleginnen auch gerne sagen, wo der Schuh drückt und wie zufrieden Sie mit der Arbeit des Bundes der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern sind. Gerne nehmen wir bei dieser Gelegenheit auch Hinweise auf Steuergeldverschwendung entgegen. Wichtig: Bitte achten Sie auf Trickbetrüger. Der BdSt MV e.V. verkauft ihnen keine Dienstleistungen am Telefon.

Michaela Skott
presse@steuerzahler-mv.de

Blick durch den Norden

Die Ampelkoalition müht sich weiter mit dem Versuch herum, die Ansichten der FDP kompatibel zu machen mit den Wünschen der anderen Partner, aber auch vieler „normaler“ Bürger. Warum in den Zügen des Fernverkehrs weiter eine Schutzmaske getragen werden muss, nicht aber bei Linienflügen, erschließt sich dem Normalverbraucher nicht.

Gesundheitsminister Karl Lauterbach ist in der Lage, beinahe jeden Purzelbaum der Koalition wortreich zu rechtfertigen. Schlüssig aber ist nicht immer, was er zu sagen hat. Quasi nebenbei stellt er zudem immer wieder Rekorde im Schnellsprechen auf und zitiert gerne sich selbst. Was ihm weniger gefallen dürfte, sind Hinweise auf frühere Äußerungen, als er noch nicht in Amt, Würden und auch nicht eingebunden war in das, was man Koalitionsdisziplin nennt. Als ihn den frischgebackene Bundeskanzler Olaf Scholz zum Minister machte, war die Verwunderung groß. Was Scholz offenbar wusste und wir jetzt lernen, ist die immense Biegsamkeit des Sozialdemokraten Lauterbach, der nicht nur Silben weglässt, sondern auch Kröten schluckt.

Zugegeben: Die Zeiten sind alles andere als einfach und der Krieg Putins gegen die Ukraine „konkurriert“ mit der immer noch nicht ausgestandenen Corona-Pandemie. Ob nun die drei verbliebenen deutschen Atommeiler länger laufen, darüber wird heftig gestritten. Fast unbeachtet von der deutschen Öffentlichkeit hat die Schweiz inzwischen immerhin (und anders als Deutschland) eine Region benannt, in der das Endlager auch für stark strahlenden Atommüll gebaut werden soll. Man stelle sich nur einmal vor, die dafür zuständige Kommission auf deutscher Seite schlüge (Konjunktiv!) einen Standort in Bayern vor.

Es hat einen gewissen Reiz, sich die Reaktion von Markus Söder vorzustellen. Der bayerische Ministerpräsident würde umgehend aus dem Freistaat einen eigenen Staat machen ungeachtet der Tatsache, dass ausgerechnet sein Bundesland über Jahrzehnte vor allem vom Strom aus den Atommeilern profitiert hat. Aber mit Logik wird man Söder nicht beeindrucken. Bei allen Unterschieden: Das hat er mit Karl Lauterbach gemein. Was ganz nebenbei beweist: Das Problem gibt es parteiübergreifend!

Impressum

Herausgeber: Bund der Steuerzahler Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern

Redaktion: BdSt Schleswig-Holstein, Rainer Kersten, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel, Tel. 0431/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, E-Mail: schleswig-holstein@steuerzahler.de

Verlag: BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauer Damm 40, 10117 Berlin

Verantwortlich: Schleswig-Holstein: Roger H. Müller, Rainer Kersten; Hamburg: Sascha Mummenhoff; Mecklenburg-Vorpommern: Diana Behr

Erscheinungsweise: 9 x jährlich
Auflage: 21.000, 51. Jahrg., 10/2022

Anzeigenverwaltung: Nord-Kurier Verlag und Werbegesellschaft mbH, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel

Konzeption & Gestaltung: J. Holz, www.diegestalten.com, Mainz

Satz: LINE Media Agentur, info@linemedia.de, 04334/18 91 18

Druck & Versand: Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

Kommunalkompass neu aufgelegt

Eine Arbeitsgruppe aus den Kommunalexperten des Bundes der Steuerzahler hat die Schrift „Kommunalkompass“ vollkommen überarbeitet und neu aufgelegt. Auf über 100 Seiten werden Konsolidierungsvorschläge zusammengetragen, um Gestaltungsspielräume im kommunalen Haushalt zurückzugewinnen. Daneben gibt es wichtige Informationen zu aktuellen Entwicklungen in der kommunalen Haushaltswirtschaft. Die Schrift wird im Rahmen unserer gemeinnützigen Arbeit allen Interessierten kostenlos zur Verfügung gestellt, je nach Wunsch als Druckversion oder im PDF-Format. Eine eigens eingerichtete Internet-Seite ermöglicht Diskussionen, regelmäßige Aktualisierungen und stellt weitere Informationen zur Verfügung.

Zu Recht gelten die Kommunen als Keimzelle unserer Demokratie. Auf keiner anderen staatlichen Ebene erleben die Bürger, aber auch die ehrenamtlich tätigen kommunalen Mandatsträger selbst, die Auswirkungen politischer Entscheidungen so unmittelbar und schnell im eigenen Lebensumfeld. Durch die Bundes- und Landesgesetzgeber werden den Kommunen immer mehr Pflichtaufgaben mit weiter steigenden Qualitätsstandards auferlegt, ohne für die notwendige Finanzierung zu sorgen. Darum fällt es allen Verantwortlichen schwer, einschneidende Konsolidierungsmaßnahmen zu beschließen, selbst wenn diese durch die Haushaltslage geboten sind.

Dennoch ist es auch in der heutigen Zeit möglich, die Kommunalhaushalte nachhaltig zu konsolidieren! Dabei geht es nicht darum, das Sparen zum Selbstzweck werden zu lassen oder gar die notwendige Daseinsvorsorge und die kommunale Infrastruktur „kaputt zu sparen“. Vielmehr muss es das Ziel sein, durch eine erfolgreiche Konsolidierungspolitik die notwendigen finanziellen Spielräume zu schaffen, damit die Kommunalpolitik wieder in die Lage versetzt wird, das Zusammenleben in Gemeinden, Städten und Kreisen zukunftsweisend zu gestalten.

Unsere Broschüre richtet sich gleichermaßen an ehrenamtliche Kommunalpolitiker, Verwaltungen, Lokaljournalisten und interessierte Bürger. Wir haben nicht den Anspruch, alles „besser zu wissen“. Aber wir können aus unserer täglichen Arbeit viele Anregungen und Vorschläge weitergeben, die anderen Kommunen in schwierigen Situationen geholfen haben.

Die Broschüre ist kostenlos erhältlich bei Ihrem Landesverband. Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite www.steuerzahler.de/kommunalkompass